

Die DDR aus der Sicht des BND 1985-1990

20. April 2004
Hans-Georg Wieck
Präsident BND 1985-1990

Vortragsreihe Perzeption und Politik im Kalten Krieg

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Beurteilung der Sowjetunion und des mitteleuropäischen Vorfelds durch den neuen BND-Präsidenten	2
Die Sowjetunion und die DDR in den achtziger Jahren – in der Beurteilung durch den BND	5
Die Entwicklung der Gorbatschow-Position in bezug auf Deutschland	7
Die DDR im Blickfeld des BND	10
Zusammenfassung	13

Einleitung

1. Dies ist eine Vortragsveranstaltung, die wohl ein Premieren-Ereignis darstellt: der Bericht eines Präsidenten über einige Aspekte seiner Amtszeit, in diesem Fall über die Beurteilung der DDR während seiner Amtszeit durch den BND.

Ich habe mich bei der Entscheidung zu diesem Vortrag von folgenden Erwägungen leiten lassen:

- Wir behandeln eine historisch abgeschlossene Zeit. Es gibt also keine Notwendigkeit, auf einen noch im Gang befindlichen politischen Prozess Rücksicht zu nehmen.
- Als Grundlage meiner Präsentation dienen die 200 Seiten umfassende Zusammenfassung meiner Tätigkeit als BND-Präsident 1985-1990, die ich im November 1990 herstellte, und die selbstverständlich nicht, bzw. noch nicht veröffentlicht worden ist. Diese Unterlage ist ohne Akteneinsicht, aber auf Grund des noch frischen Erinnerungsvermögens über die fünfjährige Tätigkeit gefertigt worden. Zitate sind Vorträgen, die in dieser Zeit gehalten wurden, entnommen, und deren Texte sich in meinen Handakten befinden.
- Einem Beispiel der amerikanischen Nachrichtendienste (CIA) folgend wird der BND, wie der Vizepräsident des BND bei einer öffentlichen Konferenz über Geheimdienste und Parlamentarische Kontrolle vor einigen Wochen ankündigte, einen Teil der Ausgangsbetrachterstattung zum Thema DDR an das Bundesarchiv abgegeben und damit der wissenschaftlichen Forschung zugänglich machen.
- CIA hat anlässlich seines fünfzigjährigen Bestehens durch das wissenschaftliche CIA-Institut eine Reihe von Auswertungsberichten - mit wissenschaftlichen Kommentaren

versehen - veröffentlicht, z. B. die Beurteilung der Sowjetunion durch CIA in den Jahren 1947-1991, und den Krieg der Geheimdienste in Berlin zwischen 1945 bis 1950. Es gibt auch britische Veröffentlichungen über die Ausspähung der Sowjetunion durch die britischen Geheimdienste (Paul Maddrell, Einfallstor in die Sowjetunion“, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte April 2003.) Die „Internationale Vereinigung Geschichte der Nachrichtendienste“ bietet mit ihrer Zeitschrift „The Journal of Intelligence History“ ein Organ für die Veröffentlichung von Einzelstudien.

Die Beurteilung der Sowjetunion und des mitteleuropäischen Vorfelds durch den neuen BND-Präsidenten

- Vor der Übernahme der Leitung des BND im Oktober 1985 - also sechs Monate nach dem Amtsantritt von Gorbatschow in Moskau - war ich vier Jahre als Botschafter in der Sowjetunion (1977-1980) und fünf Jahre als Deutscher Ständiger Vertreter im NATO-Rat tätig gewesen. Auch die langjährige Tätigkeit an der Botschaft Washington und die Leitung des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Die in diesen Verwendungen gewonnenen Erfahrungen haben meine Beurteilung der Sowjetunion und des Sowjetblocks sowie des mir in fast jeder Beziehung geläufigen militärischen Potentials des Warschauer Pakts geprägt. Die in der Praxis gewonnenen Einblicke und Erfahrungen waren wesentliche Elemente meiner Beurteilung der Sowjetunion und ihres mitteleuropäischen Vorfelds: Die Sowjetunion der achtziger Jahre war von einer sich verstärkende Stagnation des totalitären Monolithen geprägt Ein lebender Organisation befand sich im Prozess der Versteinerung. Gleichzeitig konnte man die Stärkung zentrifugaler Kräfte wie den regionalen Nationalismus innerhalb der Sowjetunion (Carrere d'Encausse „L'empire ecrasé“, 1979) und den Verlust der ideologischen Kontrolle über das noch hegemonial kontrollierte mitteleuropäische Vorfeld beobachten, das, wie im Falle Polens im Winter 79/80 erkennbar wurde, die sowjetische Hegemonialmacht herausforderte.

Als ein besonderes Spezifixum des Lebens in der Sowjetunion war auch die wachsende Diskrepanz zwischen den vorgegebenen ideologischen und staatlichen Zielsetzungen und der grausamen ineffizienten Wirklichkeit zu erwähnen, am stärksten sichtbar in der Korrosion der Infrastruktur. Wir hatten es mit einer desillusionierten, zynischen oder resignierenden Bevölkerung **und** einer Führungsschicht zu tun, die das Bestehende recht und schlecht verwaltete und in einer virtuellen Welt lebte.
- Meinen Vortrag bei der DGAP im November 1980 über meine Jahre in Moskau beendete ich mit der Erwartung, dass die SU zu dem Ergebnis kommen könne, dass ihre Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen besser mit einem nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland vereinigten Deutschland gewahrt werden könnten, als mit einer mit Gewalt aufrecht erhaltenen sowjetischen Vorherrschaft über Mitteleuropa. In meinem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 17. November 1980 heißt es:

„Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist Lehrstück für die Beziehungen der Sowjetunion zum Westen während und nach der Revolution bis in die Gegenwart hinein. Man spürt oft, dass die Absolventen entsprechender Lehr- und Ausbildungsstätten diese Abschnitte in den Lehrbüchern durchgearbeitet hatten.

Nach dem mehrjährigen Erlebnis der sowjetischen Wirklichkeit meine ich davon ausgehen zu können und zu müssen, dass die Menschen in der Sowjetunion und die sowjetische Führung weiterhin von der Existenz eines einzigen deutschen Volkes ausgehen, und dass sie das deutsche Volk ungeachtet der tragischen menschlichen und politischen Erfahrungen mit Hitler-Deutschland als eine bedeutende Kulturnation unserer Zeit ansehen, von der auch in Zukunft konstruktive gestalterische Beiträge zur Entwicklung der Zivilisation der Menschheit erwartet werden können. Deutsch ist nach wie vor eine bedeutende Fremdsprache in der Sowjetunion. 40 Prozent aller eine Fremdsprache lernenden Menschen lernen sie. Etwa 12 Millionen Sowjetbürger verstehen etwas Deutsch. 40 Prozent mit steigender Tendenz lernen Englisch.

Die staatliche Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ist in sowjetisch Augen das Ergebnis eines derzeit nicht umkehr- oder veränderbaren Prozesses im Ost-Westverhältnis mit strategischen und ideologischen Triebkräften. Die Gestaltung Deutschlands unter veränderten strategischen Bedingungen in der Zukunft lässt die Sowjetunion offen. Sie macht m. E. Veränderungen an dieser Lage von Entwicklungen im strategischen und ideologischen Bereich abhängig.“

Soweit mein Zitat. Nun die Frage: Hat es, und wenn ja, wann solche Veränderungen im strategischen und ideologischen Bereich in der Sowjetunion oder auf der internationalen Bühne gegeben, die eine Herstellung der Einheit Deutschlands zuließen, möglich machten oder erzwangen?

Ich habe die Entwicklungen in Europa und im Ost-West-Verhältnis immer auf solche Indikatoren hin abgetastet und dann im Jahre 1984, also nach der Abwendung Polens vom sowjetischen Modell im Winter 1980/1981 und im vierten Jahr meiner Tätigkeit als NATO-Botschafter in einem im NATO-Brief veröffentlichten Artikel darauf hingewiesen, dass in Moskau bei einer strategischen Analyse der Lage und der Perspektiven in Europa die Einsicht gewonnen worden sei, dass das derzeitige Herrschaftssystem in Mitteleuropa zum Scheitern verurteilt und eine auch geostrategische Veränderungen einschließende Neuorientierung notwendig sei.

Hier das entsprechende Zitat aus dem Artikel:

„Krieg, Drohung und Unterwanderung zur Lösung von Problemen und Spannungen haben sich entweder als zu riskant oder als nicht erfolgversprechend erwiesen. Verhandlungen müssen an die Stelle dieser Formen der Auseinandersetzungen treten. Sie können Erfolg haben, wenn sie in nüchterner Einschätzung der Lage und nicht mit unrealistischen Perspektiven geführt werden. Auf diesem Wege kann zur Erhaltung des Friedens, zur Verhinderung des Krieges durch Irrtum, Fehleinschätzung und Irrationalität beigetragen werden.

Ost-West-Verhandlungen können zu einem Frieden führen, der die Veränderungen und Verschiebungen ermöglicht, die sich aus der Revision der Schwerpunkte sowjetischer Politik ergeben könnten.

Vor diesem Hintergrund lässt sich durchaus die Ansicht vertreten, dass legitime Sicherheitsinteressen der Sowjetunion langfristig wahrscheinlicher durch Ost-West-Absprachen und Verträge als durch die gewaltsame Aufrechterhaltung einer politisch-militärisch-ideologischen Hegemonie der Sowjetunion in Ostmitteleuropa gewahrt werden können. Das Hegemonialkonzept in Osteuropa ist, wie die Geschichte der letzten 40 Jahre zeigt, gescheitert. Mit dieser Erkenntnis ist eine Perspektive der

Ost-West-Beziehungen angesprochen, die eine konstruktive Gestaltung der europäischen Entwicklungen einleiten könnte.“

Wjatscheslaw Daschitschew, ein im Deutschland der achtziger Jahre oft und gern gesehener Gesprächspartner mit weitgehend unabhängigen, für die damalige Zeit geradezu revolutionären Ideen beschreibt in seinem Buch „Moskaus Griff nach der Weltmacht“ (2002) (Anspielung auf Fritz Fischers Buch „Deutschlands Griff nach der Weltmacht“) die Preisgabe der Breshnew-Interventionsdoktrin bereits im Jahre 1985 und den Übergang zur Gorbatschow-These der Nichteinmischung, d.h. die Entlassung Ostmitteleuropas aus der sowjetischen Hegemonie – zu einem Zeitpunkt, an dem es noch keine neuen Ost-West-Vereinbarungen gab. Gorbatschow wollte eben mit der Entlassung Ostmitteleuropas aus der sowjetischen Hegemonie und mit der Bereitschaft zum Rückzug aus Afghanistan ein Signal an den Westen geben, dass man jetzt zu einer Verständigung, zu einer neuen Beziehung kommen wolle (S.178/9).

- NATO war der einzige Platz in der Welt, an der die Berichte der Nachrichtendienste zur Beurteilung der Wirtschaftslage der Sowjetunion und der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts die Grundlage der Beurteilung der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung des Sowjetblocks bildeten – mit dem Ergebnis einer schonungslosen Offenlegung der miserablen Lage dieser Volkswirtschaften (Korrosion der Infrastruktur; Raubbau bei Erdöl; Belastung der Volkswirtschaften durch den Staatsapparat und das Militär; Rückfall gegenüber dem Westen in neuen Technologien, Fehlentwicklungen der Planungstakte (5 Jahres-Pläne mit der Folge einer großen Zahl von Bauruinen). Belastung der Volkswirtschaften mit Militärausgaben bis zu 25 –30 Prozent des Bruttosozialprodukts.
- Aus diesen Erörterungen ist mir in Erinnerung, dass in den achtziger Jahren ein volkswirtschaftlicher Zielkonflikt für die Mitte der neunziger Jahre prognostiziert wurde – zwischen dem Ziel, den Lebensstandard der Bevölkerung kontinuierlich, wenn auch jeweils in kleinen Schritten anzuheben und den sich fortschreibenden und wachsenden Erfordernissen der Streitkräfte, weiterhin Offensivkriege erfolgreich führen zu können.
- Diese Lagebeurteilung stand im Widerspruch zu den Beurteilungen der RGW-Länder durch die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris) und die Vereinten Nationen, aber auch durch die Bundesrepublik Deutschland in bezug auf die DDR, da in diesen Beurteilungen, z. B. im jährlichen Bericht der Bundesregierung an den deutschen Bundestag über die Lage der Nation die offiziellen Angaben der Statistischen Jahrbücher der RGW-Länder zur Grundlage der Beurteilung genommen wurden. Es ist heute auch öffentlich bekannt, dass die statistischen Angaben der DDR-Wirtschaftsberichte gefälscht waren.

Im Zusammenhang mit den Arbeiten der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland des Deutschen Bundestages hat **Professor Dr. Peter von der Lippe Ende März 2004** eine Analyse vorgelegt die im Untertitel heißt „**Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED**“. Zusätzlich ist auf seinen Aufsatz „**Die politische Rolle der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR**“ (Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1996) hinzuweisen. Ich selbst habe in einem Leserbrief aus gegebenem Anlass in der **FAZ vom 10. Dezember 2003 unter der Überschrift „Gefälschte offizielle Statistiken übernommen**“ dargelegt, wie es dazu kommen konnte, dass die politische Ebene und die Wissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem in Berlin, von einer starken DDR-Wirtschaft ausgingen, während alle Einzelphänomene,

denen man begegnete, sichtbar das Gegenteil belegten, und die Beurteilung der wirklichen Lage der RGW-Volkswirtschaften nur im NATO-Rahmen hat offen diskutiert werden können.

Die Sowjetunion und die DDR in den achtziger Jahren – in der Beurteilung durch den BND

- Für die BND Beobachtung der DDR gab es zwei Anknüpfungspunkte:
zum einen die Rolle des Landes im sowjetischen System und damit in der ideologischen und militärischen Ost-West-Konfrontation, also die Abhängigkeit von der sowjetischen Politik, über die ich schon gesprochen habe;
zum anderen die Entwicklungen in der DDR selbst sowie die vielfältigen, auch kontroversen innerdeutschen Bezüge mit unmittelbarer Relevanz für die Politik in den beiden Ländern, z.B.:
 - Entwicklungen innerhalb der DDR-Machtstrukturen
 - Die Rolle der Geheimdienste und der Volkspolizei sowie der Betriebsgruppen
 - Versorgungslage in der DDR
 - Stimmung der Bevölkerung und innerdeutsche Kontakte amtlichen, zivilgesellschaftlichen und individuellen Charakters:-
 Übersiedler; Besucherströme, Dissidenten, Kirchen, Reisekader; Gestaltung der Beziehungen und Verhandlungen mit der Bundesregierung und mit anderen Institutionen und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland, z. B. Handel, Freikauf von Häftlingen; Austausch von verurteilten Spionen, Berlin-Angelegenheiten
 - Internationale Stellung der DDR im RGW, im Westen; in der Dritten Welt, einschließlich der Stellung der beiden deutschen Staaten in den Vereinten Nationen sowie in den VN-Sonderorganisationen; Positionen in multilateralen Verhandlungen z.B. MBfR, KSZE-Prozess.

In der Bundesrepublik Deutschland standen sich für den Umgang mit der DDR zwei Grundkonzepte kontradiktorisch gegenüber – mit Grauzonen und einigen Gemeinsamkeiten:

Zum einen das Konzept des „Wandels (der Systeme) durch Annäherung – auf der Basis der existierenden zwei deutschen Staaten“. Diese vor allem in der SPD vertretene Konzeption akzeptierte die deutsche Teilung auf längere Zeit – aus historischen Gründen, wegen der strategischen Lage und im Interesse von Verbesserungen der Lage für die DDR-Bürger. Dabei waren viele Sozialdemokraten auch bereit, **eine getrennte DDR-Staatsangehörigkeit anzuerkennen sowie ein gemeinsames SPD-SED-Grundsatzprogramm zu vereinbaren**. Darüber wurde in der Tat auf der Partei-Ebene direkt verhandelt. Schewardnadse, der sowjetische Außenminister hat in seinen Memoiren die Unterschiede zwischen CDU und SPD deutlich erkannt, er hat allerdings in bezug auf die Person Willy Brandts als Verfechter der Einheit Deutschlands eine Ausnahme gemacht. Markus Wolf, der die Placierung von Guillaume in die unmittelbare Nachbarschaft des Bundeskanzlers Brandt als seinen größten Fehler bezeichnete, strebte – im Interesse seiner politischen Herren - die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD als zweitem deutschen Staat an, um aus der Abhängigkeit der Sowjetunion jedenfalls ein wenig herauszukommen.

Demgegenüber konzentrierten sich CDU und FDP bei Aufrechterhaltung des **Standpunktes, dass die deutsche Frage offen gehalten werden müsse, aber bis zu einer Entscheidung in dieser Frage die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der DDR („Politik der menschlichen Erleichterungen“** ohne

Kompromittierung des Standpunkts der Verweigerung völkerrechtlicher Anerkennung der DDR) angestrebt werden müsste. Verbesserungen des DDR-Status lehnten die beiden Parteien ab, aber auch die Dramatisierung der inneren Verhältnisse in der DDR, um nicht zur „Unzeit“ die deutsche Frage auf die internationale Tagesordnung setzen zu müssen. Die FDP betonte stets, dass über die Frage der Vereinigung die Bevölkerung in der DDR entscheiden müsse. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der DDR, die sich auch in dem vom bayrischen Ministerpräsidenten Strauß eingeleiteten und von Bundeskanzler Kohl übernommenen Bürgschaftskredit von 1 Mrd. DM als Element zur Verbesserung der Devisenbilanz bei der Bewertung der DDR-Financen durch die „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Bern und damit als Grundlage für die Risiko-Einschätzung der DDR bei ausländischen Krediten – vor allem aus Japan) ausdrückte, wurde wohl registriert, aber nicht in öffentliche politische Erklärungen übertragen.

- Die **schwierige Wirtschaftslage** manifestierte sich auch stets in den Wirtschaftsverhandlungen der Sowjetunion mit der DDR, die gegenüber der Sowjetunion in erheblichem Masse Zahlungs- und Lieferrückstände hatte auflaufen müssen. Die Verrechnungspreise waren jeweils zugunsten der Sowjetunion gestaltet worden, so dass der volkswirtschaftliche Nutzen der Wirtschaftsbeziehungen letzten Endes für die DDR nur in dem Bezug preiswerten Erdöls lag, das man verarbeiten und die Erdöl basierten Produkte – vom Kraftstoff bis zur Chemie - gegen harte Währung in den Westen verkaufen konnte In Kauf nehmen musste die DDR die hohen Förder-Kosten für Braunkohle als Basis der eigenen Energie-Produktion und die noch höheren Folgekosten für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt. Zu der makro- und mikro-ökonomischen Kostenrechnung und Wirtschaftspolitik in der DDR lagen hervorragende Analysen von geflohenen Sachverständigen (Professoren der Volks- und Betriebswirtschaft, Direktoren von VEB-Unternehmen) vor
- Auch die Berichterstattung des BND über die Ergebnisse der im Jahre 1985 aufgenommenen und bis 1989 durchgeführten **Befragungsaktionen über die Haltung und die Hoffnungen der Bevölkerung**, fand schließlich Interesse in Berlin, Washington, London, Paris und in anderen europäischen Hauptstädten.
- Demgegenüber war in der Bundesregierung die Ansicht verbreitet, dass sich doch ein getrenntes Staatsbewusstsein entwickelt habe – verstärkt durch die Erwartung der Führungs-Equipe in Ost-Berlin, dass sich Gorbatschow doch letzten Endes nicht zu einer Preisgabe des strategischen Vorfelds entschließen könnte und einen solchen Wandel auch gegen den Widerstand in seinem eigenen Apparat nicht würde durchbringen können. Die **Befragungen** wurden verdeckt gegenüber DDR-Reisenden in der Eisenbahn auf westdeutschem Gebiet vorgenommen, auch mit offiziellen Reisekadern der DDR, unter Übersiedlern, Flüchtlingen und im Wege der strategischen Postkontrolle.. Ich hatte sie eingeleitet, weil ich 1985 den Eindruck gewonnen hatte, dass die DDR-Auswertung im BND sehr stark von der Doktrin vom „Wandel durch Annäherung der Systeme in den beiden Staaten“ vorbestimmt war. In dieses Konzept passten Einigungsbestrebungen der Bevölkerung nicht hinein. Als bei den Montags-Demonstrationen im Herbst 1989 Schlagworte nationalen Inhalts auftauchten, kam die Anfrage aus Bonn, ob wir NPD-Propagandisten in den Demonstrationen haben ausmachen können. Die stark auf Verhandlungen mit den DDR-Behörden ausgerichtete Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin schätzte die Lage in der DDR offensichtlich anders ein als der BND. In der Tat muss man gerechterweise sagen, das ein großer Teil der Dissidenten nicht die Einheit Deutschlands, sondern **die Herstellung eines menschenwürdigen sozialistischen Systems in der DDR** anstrebten, während der BND auf die **Dynamik setzte, die durch die Revisionspolitik von Gorbatschow eingeleitet**

worden war, deren Kernpunkte die Preisgabe des Vorfelds zur Untermauerung der neuen Außenpolitik und das Vermeiden des Einsatzes von Waffen als Beleg für die Preisgabe der Hegemonialpolitik und der Unterdrückung innerhalb und außerhalb der Sowjetunion waren. Bei der kritischen Lage in Ungarn im Sommer 1989 lautete die Stellungnahme aus Moskau nach meiner Erinnerung: Die Sowjetunion mischt sich wegen diese Frage nicht ein.

Für Gorbatschow war der Einsatz von Waffen in Tbilissi, in Nargorny Karabach und in Vilnius ein herber Rückschlag für seine Reformpolitik – wegen des Ansehens der Sowjetunion in der Welt, wie auch jede potentiell mögliche Gewaltanwendung im Vorfeld, das man ja konzeptionell preisgegeben hatte.

- Die **Bedeutung von Gorbatschow beim Umschwung in der DDR** kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, war er es doch, der während seines Aufenthalts in Ost-Berlin aus Anlass des 40jährigen Bestehens der DDR Honecker zum Rücktritt aufforderte und der Bevölkerung in Erinnerung rief, dass das Volk diejenigen bestrafe, welche die Zeichen der Zeit nicht erkennen wollten und könnten.
- Die BND-Berichterstattung zur DDR, die in Fragen der innerdeutschen Verhandlungen nie sehr aktuell hat sein können – wegen der schwierigen Quellenlage und wegen der Nichtbeteiligung an der Berichterstattung und den Verhandlungen in verdeckter Form, wie es wünschenswert gewesen wäre, wurde in Bonn also von Vertretern von zwei in Fragen der DDR diametral entgegengesetzten politischen Lagern in Bonn unterschiedlich beurteilt. **Als Beispiel** nenne ich die Einschätzung der Zahl von Übersiedlungsanträgen, die der DDR-Führung vorlagen. Nach unseren, aus SED-Kreisen kommenden Informationen waren etwa 1,5 Millionen Menschen involviert – also etwa 500 000 Anträge, wenn man für jeden Antrag etwa 3 Personen zugrunde legt. Nach Angaben kirchlicher Kreise (Stolpe – Evangelische Kirche in der DDR) lagen etwa 50 000 Anträge vor. Für die DDR wiederum bot die Übersiedlung von Menschen aus der DDR eine augenblickliche Minderung des Drucks aus der Bevölkerung und außerdem die Möglichkeit, Zugriff auf Wohnraum zu bekommen, den man an treue Anhänger des Systems geben konnte – also eine sehr kurzfristig angelegte Haltung, ein Beweis für die Kurzatmigkeit, unter der das System zunehmend litt.
- Als **Kernfrage** habe ich stets die Frage nach den Zielen und den Erfolgchancen der Reformpolitik von Gorbatschow angesehen. Darüber habe ich in den Jahren 1985-1990 mehrere Vorträge – auch öffentlich – gehalten. Gelegentlich hört man, dass der BND erst jetzt seiner Öffentlichkeitsarbeit intensiviert habe. Das ist nicht richtig. Das Thema war stets: „**Transition in the Soviet Union**“; oder „**Chancen und Risiken der Reformpolitik von Gorbatschow**“. In meinem unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Amt geschriebenen Bericht über meine Amtszeit macht die Behandlung der Entwicklungen in der Sowjetunion mehr als 60 Prozent des Manuskripts aus.

Die Entwicklung der Gorbatschow-Position in bezug auf Deutschland

- Mit der Wahl von Gorbatschow zum neuen KPdSU Generalsekretär im Mai 1985, so stellte ich in meinem Manuskript vom November 1990 fest, (Seite 66) waren zwar Reformansätze, aber vor allem solche erwartet worden, die letztlich auf die Verbesserung der sozialistischen Strukturen des Landes gerichtet waren. Eine außenpolitische Korrektur wurde mit der Ablösung von Gromyko durch Shevardnadze deutlich, zumindest in taktischer Hinsicht. Ich füge hinzu, dass Schewardnadze im Westen zunächst nur als erster Sekretär der KP Georgiens bekannt war, nur

schrittweise wurde erkennbar, dass es sich um Reform-Freunde handelte, die sich hier verbanden (G. und Sch.).

Die Überwindung der Stagnation, in die das Land in der fast zwanzigjährigen Herrschaft von Breschnew und mit der Andropow-Unterbrechung bei Chernenko geraten war, galt als Hauptziel des neuen Generalsekretärs und seines Vertreters Ligachow.

- Der BND behandelte das Thema der Reform in der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa mit der gebotenen Vorsicht. Unbestritten war, dass Jahre hindurch die Modernisierung der sowjetischen Streitkräfte in der strategischen Konzeption der Sowjetunion im ideologischen und im militärischen Sinne im Vordergrund aller staatlichen Aktivitäten gestanden hatte. –Die geschah ungeachtet des Umstandes, dass sich die ideologischen Fesseln der Sowjetunion in Ostmitteleuropa wie z.B. in Ungarn und in Polen- zu lockern schienen und **Gorbatschow bei dem Parteitag der KPdSU im März 1986 die Wettbewerbsfähigkeit des kapitalistischen Systems akzeptierte und das Ergebnis des Wettrennens zwischen Kapitalismus und Sozialismus um die „bessere Welt“ als offen bezeichnete.** Was für ein ungewöhnlicher Vorgang angesichts der bis lang herrschenden Lehre der Überlegenheit des Sozialismus sowjetischer Bauart und der Lehre des Determinismus und der Gralshüterfunktion der Sowjetunion in machtpolitischer und ideologischer Hinsicht.
- Schon bei einem Vortrag am 11. November 1986 im sogenannten **Gerhard Schröder-Kreis** – dem früheren Außen- und Verteidigungsminister – hatte ich mich dahingehend festgelegt, dass wir es bei der von Gorbatschow betriebenen Politik mit einer genuinen Reformpolitik zu tun hätten, deren Erfolgsaussichten aber angesichts entgegenstehender Kräfte im eigenen Land und im Vorfeld (DDR, Tschechoslowakei) nicht als zwingend einzuschätzen sein. Kurz zuvor waren immerhin Reagan und Gorbatschow in Reykjavik übereingekommen, die Dislozierung der Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten in Europa auf Null zurückzufahren – ein weiteres wichtiges Indiz für die BND These von der grundsätzlichen Bedeutung und Relevanz der Reformpolitik der damaligen sowjetischen Regierung. Wenig später - im Mai 1987 – nahm der Warschauer Pakt die Ablösung der offensiven Verteidigungsdoktrin vor – zusammen mit der Einführung einer Defensivstrategie, auf einem sehr viel niedrigerem als dem bisherigen Kräfteniveau in Europa. Dies war ein weiterer bedeutender Schritt, den der ungarische Außenminister in der Öffentlichkeit dahingehend interpretierte, dass die sowjetischen Streitkräfte zunächst aus Ungarn abziehen würde, beginnend schon im Jahre 1989. Diese Entwicklung innerhalb des Warschauer Paktes eröffnete die Aussicht auf ein geringeres konventionelles Kräfteniveau in Europa, das es galt, vertraglich zu verankern, um die Umkehr unmöglich, zumindest völkerrechtlich schwer zu machen.
- Es zeichnete sich die Möglichkeit eines **historischen Kompromisses zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion** über die Rahmenbedingungen für eine neue strategische Situation in Europa ab (S 115 meines Manuskripts)
Begleitet wurde dieser Prozess, der 1989 zum Runden Tisch und zu freien Wahlen in Polen, zur Öffnung der Mauer im November 1989 und damit zur deutschen Einheit im Oktober 1990 führte, durch entsprechende Entwicklungen in Ungarn und in der Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien. Er fand seinen Höhepunkt in der Gipfelkonferenz der KSZE im Juni 1990 in Kopenhagen und im November 1990 zum Gipfeltreffen in Paris mit der Verabschiedung des Pariser Vertrag NATO-WP über die Begrenzung der Konventionellen Rüstungen in weiten Teilen Europas. Unübersehbar komplizierte sich die innenpolitische Entwicklung in der Sowjetunion, vor allem

wegen der sich verschlechternden Versorgungslage und des sich abzeichnenden Chaos im Lande, aber gewiss in mancher Hinsicht auch durch die Veränderung der Stellung der Sowjetunion auf der Weltbühne. Glasnost und Perestroika hatten zum Verzicht auf das Machtmonopol der KPdSU und zu Wahlen zum Obersten Sowjet der Sowjetunion sowie des Präsidenten der Russischen Föderation (1990), Jelzin, geführt. Ein Machtkampf brach zwischen den Rivalen Gorbatschow- und Jelzin aus, der schließlich nicht unwesentlich zum Zerfall der Hülle der Sowjetunion im August/Dezember 1991 beitrug.

- **Warum misslang das innere Reformwerk?** Hätte der chinesische Weg mehr erreichen können? Konnte es westliche Hilfe geben (IMF, Weltbank; Nationale Kredite zur Währungsstützung, für Investitionen)? Themen wie die Konversion der Rüstungskomplexe und die Einführung der Marktwirtschaft standen im Vordergrund, aber zunächst ging der Zerstörungsakt, ja der Selbstzerstörungsakt mit der Auflösung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verknüpfungen zwischen allen Teilen der SU weiter, ohne allerdings die auf der internationalen Bühne vereinbarten und eingeleiteten Schritte negativ zu belasten. Auch aus nachrichtendienstlicher Sicht ist die von der Bundesregierung vertretene Annahme richtig, dass die Chance zur strategischen Neuordnung Europas nur während eines ganz begrenzten Zeitraums bestanden hat – nämlich in der Zeit, in der die sowjetische Führung noch nicht unter den machtpolitischen Druck der regionalen Machtzentren in der Sowjetunion geraten war. Die Desintegration begann im Winter Frühjahr 1991. Der geordnete Übergang in Mitteleuropa konnte in diesem Zeitraum stattfinden – nach dem Verfall des Machtmonopols des Zentrums wäre es nicht in geordneten Umständen möglich gewesen, sondern wahrscheinlich im Weg risikoreicher Einzelkrisen (Abfall; Austritt), vergleichbar dem Prozess, der nach dem Moskauer Aufstand vom August 1991 in der Sowjetunion zum Tragen kam.
- Aus dem Vortragskonzept, das der BND und ich im Jahre 1987 benutzten, lassen Sie mich noch einmal zusammenfassend schildern, wie wir die Lage in Osteuropa insgesamt und damit auch für die DDR ansahen:

„Ein Land, das wie die Sowjetunion an die Grenzen des Wachstums stößt, wird aus eigenen Gründen zur Revision nicht mehr nützlicher, nicht mehr zukunftsträchtiger, nicht mehr haltbarer Positionen gedrängt (ich füge jetzt hinzu, wenn es nicht sehenden Auges untergehen will). Dazu mag auch die strategische Herausforderung – auch im pazifischen Raum (Japan, China) – beitragen, gegenüber der eine große zivilisatorische Anstrengung notwendig ist.

Es bleibt als Alternative in Europa eine Politik des Interessenausgleichs, der die tatsächlichen Kräfte in diesem Raum berücksichtigt. Dazu bietet die Rechtslage in Deutschland eine ausreichende Basis. Eine dieser Gestalt nach revidierte Politik der Sowjetunion in Ost-/Mitteleuropa würde erhebliche Auswirkungen auf das Bündnis sowie die Außen- und Sicherheitspolitik der Bündnispartner haben, und das Gewicht der in dem Raum lebenden Völker und Staaten müsste – mathematisch, aber auch historisch-politisch betrachtet – zunehmen. Vor diesem Hintergrund haben auch angesichts der geringen Wahrscheinlichkeit, dass die Sowjetunion eine entscheidende Wendung des für sie vorgezeichneten negativen Trends zu ihren Gunsten durch riskante militärische Aggressionen oder Gewaltandrohung (Berlin 1953, 1961) versuchen könnte – die im Rahmen der drei Abteilungen der Helsinki-Schlussakte eingeleiteten Ost-West-Verhandlungen große Bedeutung. Diese Vereinbarungen haben es ermöglicht, dass auf der Basis eines gemeinsamen Dokuments politische

Diversifikationen in Osteuropa möglich werden, dass diese Länder – auf Grund ihrer historischen Bezüge sowieso dazu neigend – sich separaten Kontakten zum Westen und zur Mitte Europas zuwenden.

In diesem Sinne erleben wir „The Decline of Soviet Hegemony over Eastern Central Europa“ (eine Abwandlung eines Kissinger Worts“ (Seiten 129/130)

- Die Analysen des Bundesnachrichtendienstes zu den Entwicklungen in der Sowjetunion wurden von unseren befreundeten Partnern stets mit Skepsis aufgenommen. **In Washington, London und Paris war die Auffassung vorherrschend, die auf die Wiederkehr des kommunistischen Expansionskurses hindeuten** oder solches erarten ließen, oder aber, und das galt vor allem für Paris und London, dass es sich bei der Sowjetunion um ein spätkoloniales System handle, das nun auch zusammenbrechen werde. In dieser Richtung hat sich auch mit entsprechender Zielvorgabe der im Exil lebende Solschenizyn geäußert. Die Fähigkeit der sowjetischen Reformpartei, die Sowjetunion auf eine neue Basis der Legitimation im Wege eines föderativen – konföderativen – und demokratischen Systems zu stellen, wurde (in Paris und London) weder als Ziel noch als reale Möglichkeit angesehen.
- Lange Zeit übersahen unsere Freunde im Wesen auch die Rolle und Bedeutung des russischen „Führers“ Boris Jeltzin, dem es gelang, die russische Föderation auf den Weg der Reformpolitik zu bringen und der eine interregionale Verständigung in der Sowjetunion der Art anstrebte, wie es auch von den Ministerpräsidenten der Länder in Deutschland nach dem Kriege vorgenommen wurde (Herrenchiemsee) In seinem Konzept steckt ein erhebliches Stück politischer Weisheit, politischer Wahrheit, aber auch machtpolitische Rivalität mit Gorbatschow. Die Tatsache, dass die Machtstellung Gorbatschows weitgehend ausgehöhlt ist, ist unbestritten, stelle ich in den abschließenden Bemerkungen aus dem Jahre 1990 fest. Die zentralen Behörden der Union können sich nur in dem Masse durchsetzen, wie sie auf einen Consensus mit den Behörden der Republiken rechnen können. Das ist das Grundgesetz der zukünftigen Sowjet-UNION.

Die DDR im Blickfeld des BND

- Von zentraler Bedeutung für die Politik der Bundesregierung gegenüber und mit der DDR-Führung musste die indirekte Kommunikation mit der Bevölkerung sein, die zu erreichen, das Ziel der Politik der kleinen Schritte und die Politik der „menschlichen Erleichterungen“ war. Aber welche politischen Unterströmungen waren in diesem durch die Mauer und das Unterdrückungssystem an der freien Bewegung in Deutschland und Europa abgeschnittenen Teil Deutschlands vorhanden. Wohin tendierten die Menschen, wenn sie eine freie Wahl haben würden.
- Bei Übernahme des Amtes, so formulierte ich in meinem persönlichen Abschlussbericht über die fünf Jahre, gewann ich den Eindruck, dass die BND-Berichterstattung zum DDR Phänomen unter dem Eindruck einer sehr kritischen Aufnahme des BND-Produkts in der Bundesregierung betrieben wurde – ich füge heute hinzu, als dessen Kernstück die DDR-Abteilung im Kanzleramt und die Ständigen Vertretung in Ost Berlin angesehen wurde.
Die Bundesregierung stellte auf die grundsätzliche Stabilität des DDR Systems ab, ja auf die Permanenz desselben und hielt die Berichte des Dienstes über eine große Zahl von Übersiedlungswilligen für übertrieben. In der Einschätzung der wirtschaftlichen Kraft hatte die DDR den Ruf, dass wenn schon das sozialistische System irgendwo

einigermaßen funktioniere, dann eben in der DDR. Dabei wurde übersehen, dass dieses „Funktionieren“ durch die Unterstützung aus der Bundesrepublik Deutschland und durch den Raubbau an der Substanz der DDR erzielt wurde.

Die Meinungen und Haltungen der Bevölkerung waren nur sporadisch, d.h. punktuell bekannt. Ich habe deshalb eine Art Fragebogen entwickeln lassen, der systematisch bei Befragungen von Bürgern aus der DDR benutzt wurde. Die Auswertungen der Fragebögen wurden als „Psycho-politische Lageberichte“ in Abständen von sechs Monaten an die Bundesregierung und an andere Regierungen/Nachrichtendienste gegeben.

In diesen Fragen Fragebögen wurde auch nach der Haltung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit gefragt, ebenso die Frage nach Reisemöglichkeiten und Übersiedlungsabsichten in die Bundesrepublik Deutschland.

Es wurde nach dem Ausmaß, in dem die westdeutschen Medien aufgenommen werden gefragt – Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen.

Auch die Frage nach einer Identifizierung mit der DDR wurde gestellt.

Zur Überraschung nicht weniger stellte sich kontinuierlich heraus, dass die Bevölkerung an der Wiedervereinigung festhielt, aber wegen der sowjetischen Interessenlage in absehbarer Zeit keine Chance der Realisierung sah. In vielem hatte die Bevölkerung die Haltung, wie man sie gegenüber Besatzungsmächten hat – dass eben auf einer höheren strategischen Ebene die Entscheidung getroffen wurde, und zwar unabhängig von dem nationalen Empfinden der Menschen, insbesondere der Deutschen. Deutlich wurde die Forderung gestellt, die doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland nicht zu akzeptieren. Die Annahme dieser DDR-Forderung würde eine Verschlechterung des „Anspruchs“ auf freies Reisen in den „Westen“ – in die Bundesrepublik Deutschland, zur Folge haben.

Mit der Zeit nahm die Akzeptanz dieser Befragungsergebnisse in Bonn zu. Zögernd blieb man hinsichtlich der Erkenntnisse zu den Zahlen der Übersiedler-Anträge, die der Bundesnachrichtendienst in Millionenhöhe schätzte, während die Kirchen versuchten, die Zahlen herunterzuspielen. In der SED war eine realistische Einschätzung gegeben. Die Behandlung dieser Frage in den SED-Gremien war gleichsam Gradmesser des Ausmaßes, wie die SED-Basis in dieser Frage Druck nach oben machte. Die SED-Führung unter Honecker – und der Dienst sprach in bezug auf das Polit-Büro stets von der „SED-Beton-Riege“ – herrschte lange die Auffassung vor, dass sich der Reformkurs von Gorbatschow nicht halten werde, dass die DDR daher Gralshüter der reinen Lehre sei, und dass in dem Maße, wie in der Sowjetunion oder anderen WP-Staaten Reformvorhaben unternommen wurden, dies der sozio-politischen und wirtschaftlichen Lage der jeweiligen Länder entsprechen möge, für analoge Regformschritte in der DDR jedoch keine Notwendigkeit bestehe, da es sich schon jetzt um ein an der Produktivität ausgerichtetes sozialistisches System handle, das zunehmend auch Bürgernähe entwickle.

- Für Honecker war es eine herbe Enttäuschung, als er bei den 40-Jah-Feiern des DDR-Staates Anfang Oktober 1989 erfuhr, dass die sowjetische Führung der SED im Falle der Anwendung von Gewalt gegen die Bürger (Peking-Modell) keine Hilfe leisten könne und dass die Reformpolitik unvermeidbar sei.
- Über die Entwicklungen in der DDR hat der Bundesnachrichtendienst auftragsgemäßvielfältig berichtet und dabei den Faktoren der fortbestehenden Bindung der Bevölkerung an den Gedanken der Wiedervereinigung, das hohe Maß der

Westorientierung und der Bedeutung der Kirchen als Schirmherrin von Freiräumen gegenüber dem allgewaltigen SED-Regime stets **hohe Bedeutung** eingeräumt.

- Selbstverständlich hat die militärische Aufklärung über die WP-Streitkräfte in der DDR und im mitteleuropäischen Raum sowie den sowjetischen Westbezirken stets eine hervorragende Bedeutung gespielt. Diese Aspekte des Ost-West-Verhältnisses sind hier aber nicht von primärer Bedeutung.
- Zunehmend stellte der Dienst auch die tatsächlich erbrachte wirtschaftliche Leistung in Frage- und zwar auf der Grundlage qualifizierter Aussagen von übergewechselten Fachleuten und auf Grund eines differenzierteren Bewertungssystems der statistischen Angaben des Regimes.

In einer von mir konzipierten Zusammenstellung von Thesen zum Wandel in Ost und Mitteleuropa im Jahre 1988 heißt es zur DDR-Wirtschaft zusammenfassend:

Die Investitionsrate hat infolge starker Aufwendungen des Staates für seine eigenen Zwecke (Partei, Geheimdienst, Verwaltung, Armee) einen wachsenden Abstand zum Niveau der Bundesrepublik Deutschland entstehen lassen,. Die Produktivität hat darüber hinaus infolge schlechter Produktauswahl, schleppender Zulieferungen und infolge des Fehlens kostenbewusster Betriebsabläufe einen weiteren Rückschlag erlitten. Die gesamtwirtschaftliche Position in monetärer Hinsicht ist schlechter, als es den Bilanzen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich für die DDR zu entnehmen ist.

Die Fachebene des Dienstes hat sehr lange an dem Gedanken festgehalten, dass das Regime unter allen Umständen zur Aufrechterhaltung des Staates in der Lage sein werde. Vom Potential her betrachtet ist das gewiss richtig. Das wissen wir heute noch besser als vorher. Die Mitarbeiter des BND in dieser Frage haben den Faktor Sowjetunion als möglichen Verursacher für Reformprozesse in der DDR und die Verweigerung von militärischer Hilfe im Notfall aus Gründen vernachlässigt, die Jahrzehnte hindurch relevant gewesen waren, aber eben nicht mehr nach 1985.

- Es ist auch eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die sowjetische Führung von der im Herbst 1989 eintretenden Dynamik des Reformprozesses und des Drängens nach deutscher Einheit überrascht worden ist. Eine Äußerung Gorbatschows sollte in diesem Zusammenhang in Erinnerung gerufen werden, dass er nämlich der Auffassung sei, dass die Bevölkerung der DDR sich nicht mit dem Versuch aufhalten werde, eine „bessere, humanere Form des Sozialismus“ zu errichten, sondern sofort und vollständig die Integration in die soziale und wirtschaftliche Struktur der Bundesrepublik Deutschland anstrebe werde. Auch bei einem etwas weniger günstigen Szenario wie dem der Maueröffnung am 9. November 1989 wäre die DDR finanziell zusammengebrochen. **Dann wäre eben diese sich verschlechternde Lage zum treibenden Motor der raschen Vereinigung geworden, da die Sowjetunion nicht mehr in der Lage war, die DDR finanziell zu stützen.** Zu langwierigen Verhandlungen, die vielleicht von Briten und Franzosen gewünscht wurden, konnte es nicht kommen.
- Es ist unbestritten, dass die Sowjetunion bei ihrem eigenen Reformprozess nicht nur im Zusammenhang ihrer konstruktiven Haltung in der Deutschlandfrage und der Förderung der Reformprozesse in Mitteleuropa auch die eigenen Bemühungen im

Auge hatte, im Westen Kapital für den Reformprozess in der Sowjetunion zu aktivieren. Der BND stellte den internationalen Organisationen (OECD, Weltbank, IMF) zur Verfügung. Bekanntlich hat es später Kritik an angeblicher westlicher Zurückhaltung bei der finanziellen Unterstützung des sowjetischen Transformationsprozesses gegeben.

Zusammenfassung

- Bei schwieriger Quellenlage ist es dem BND wegen der Früherkennung des außenpolitischen Reformkurses als einer strategischen Entscheidung der kommunistischen Führung Moskau gelungen, den sich verringenden Spielraum der DDR-Führung als Zentrum der Reformgegner früh zu erkennen (keine militärische Unterstützung durch die SU im Falle von öffentlichem Widerstand der DDR-Bevölkerung gegen das SED-Regime).
- Wegen der regelmäßigen, über Jahre **durchgeführte Befragung der Bevölkerung** – wegen der begrenzten Auswahlmöglichkeiten nicht nach streng wissenschaftlichen Vorgaben – konnte der unterschwellige Wille der Menschen in der DDR zur Einheit früh erkannt werden, eine Position, die vordergründig von den Dissidenten ja nicht vertreten wurde.
- **Die wirtschaftliche Misere des Landes wurde früh erkannt.** Da die Bundesregierung in ihren Berichten an den Bundestag zur Lage der Nation das statistische Material der DDR verwendete, war die Bundesrepublik Deutschland allgemein von einer günstigeren wirtschaftlichen Lage der DDR ausgegangen als sie tatsächlich bestanden hat. **Im Jahre 1990 hätte die Sowjetunion die DDR nicht mehr finanziell stützen können. Der Mauerfall hat die Vereinigung beschleunigt – anderenfalls wäre die Vereinigung wegen der DDR-Finanzkrise eingetreten.**

Es dürfte interessant sein, die DDR-Analysen der Ständigen Vertretung der Bundesregierung in Ost-Berlin und die des BND in diesen kritischen Jahren der Agonie der DDR zu vergleichen.

Die technische Aufklärung erreichte den inneren Zirkel der DDR-SED nur indirekt über die Basis-Organisationen und deren Berichterstattung an das Zentrum. Die Aufklärung der Verhandlungspositionen DDR-Bundesregierung und DDR-Sowjetunion gelang nur in Grenzen. Die militärischen Verkehre wurden erfasst und für die strategische und die taktische Aufklärung genutzt, auch wenn die Inhalte der Nachrichten nicht immer zu entziffern waren.

Die taktische Verhandlungsposition bei deutsch-deutschen Verhandlungen konnte wohl in der Regel inhaltlich nicht erfasst werden.